

Arbeiter-Zeitung

Ersteinständig mit Ausnahme der Sonntage, Festtage, Begnadigungstagen, 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 60 Pf. Botenlohn = 2,70 Mk. Abbestellung 10 Pf. Durch d. Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Kreuzband 3 Mk. Kugelschreiber: Die schwebende Millimeterzeile od. deren Raum 12 Pf., Vertikal- u. Versammlungsangelegenheiten 6 Pf. Kalligraphie: Die dreifache Millimeterzeile od. deren Raum im Text 70 Pf. — Schrift d. Postzustellung in d. Hauptverteilung 8 Uhr; in d. Filialen am Tage vorher 10 Uhr, 12 Uhr

für Schlessien und Oberschlessien
Organ der KPD, Section der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Breslau 10, Kreuziger Str. 50, Tel. 509 20
Verkaufsstellen: Breslau 544, S-badion: Breslau, Kreuziger
Straße 50, Tel. 239 04, Sprechst. der Redaktion von 12—18
Montags bis Freitag von 17—18 Uhr. Filialverteilungen:
Gleititz, Verstr. 28, Tel. 4085; Oppeln, Kdaberstr. 11, Tel. 1364;
Ostlitz, Kuny 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8—19 Uhr. Gerichtsstand:
Hauptverlag Breslau, Scharfweinschloß Breslau. — Verlag: Schell, Ver-
lagsgesellschaft, m. b. H., Bresl. — Druck: „Neubaar“, Hl. Breslau, Kreuziger Str. 54

Siegesbewußter Verlauf der Parteiarbeiterkonferenz



Gewonnene Positionen ausbauen —

zu neuen Kampfzielen vorstoßen!

Genosse Selbmann über unseren Wahlsieg und die nächsten Kampfaufgaben

Standort. Am Sonntag fand in Standort die von der Bezirksleitung einberufene Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz statt. Die Konferenz war mit 150 Delegierten aus den Ortsgruppen und Zellen besetzt worden. Die Konferenz wählte ein Büro zur Leitung der Tagung, dessen Vorsitz der Genosse König, Ratibor, hatte. Genosse König begrüßte die Vertreter der im Wahlkampf neugegründeten Ortsgruppen und sprach die Erwartung aus, daß diese neuen Ortsgruppen feste Stützpunkte im Kampfe gegen Reaktion und Faschismus sein werden.

Zu dem einzigen Tagesordnungspunkte: „Die politische Lage nach den Wahlen und unsere Aufgaben“, sprach der Bezirksleiter der KPD, Oberschlessien, der Genosse Fritz Selbmann. Wir bringen nachfolgend einen kurz zusammengefaßten Auszug aus seiner dreistündigen, sehr inhaltsreichen und kampfbegeisterten Rede:

Genossen und Genossinnen!

Wenn wir heute bei unserer Parteiarbeiterkonferenz Stellung nehmen zum Wahlergebnis, so tun wir es deshalb, um nicht nur Siegesfeier abzuhalten, sondern um mit bolschewistischer Nüchternheit und Offenheit das Wahlergebnis zu untersuchen, Mängel und Fehler festzustellen und Lehren aus diesem Wahlkampfe zu ziehen und der Partei den Weg zu zeigen, den sie in der nächsten Zeit im Bezirk Oberschlessien zu gehen hat. Die kommunistische Partei hat in diesem Wahlkampfe einen gewaltigen Wahlsieg errungen. Dieser Sieg darf uns aber keineswegs dazu verleiten, uns zur Ruhe zu setzen und auf unseren Lorbeeren auszuruhen, sondern wir müssen nach den alten Grundsätzen nach dem Sieg die gewonnenen Positionen ausbauen und von diesen aus erneut zu neuen Kampfzielen vorstoßen. Der Sinn der heutigen Konferenz soll sein, die Basis zu schaffen für die Erreichung neuer Ziele, neue Wege aufzuzeigen für die zukünftige Arbeit der Partei. Das Ergebnis der Wahl und der Sieg der KPD, bestätigen vollinhaltlich die Richtigkeit der Beschlüsse der kommunistischen Partei Deutschlands und der Komintern. Der Genosse S. behandelte die internationale, politische und wirtschaftliche Lage und insbesondere die Lage in Deutschland. Genossen! In diesem Wahlkampfe hat sich gezeigt, daß tatsächlich, wie wir es vorausgesehen haben, und wie es auch der Wille der Partei gewesen ist, dieser Wahlkampf geführt worden ist unter dieser einen grundlegenden Fragestellung: „Wer ist in der Lage, den Ausweg aus der Krise des Kapitalismus zu zeigen?“ Wir haben den Wahlkampf geführt mit der Losung: „Nur die kommunistische Partei ist in der Lage, einen Ausweg aus der Krise, einen Ausweg aus der Verelendung der breiten Schichten der Arbeiterschaft und darüber hinaus des Mittelstandes zu zeigen.“ Und das Wahlergebnis bestätigt, daß die Wählermasse in diesem Wahlkampfe diese Frage tatsächlich in den Mittelpunkt ihrer Entscheidung gestellt hat.

Der Redner ging ausführlich ein auf das Wahlergebnis in Oberschlessien und stellte u. a. fest, daß wir in Oberschlessien die zweitstärkste und im engeren Industriegebiet die stärkste Partei geworden sind. In Hindenburg haben wir mehr Stimmen als Zentrum und Sozialdemokraten zusammen. In vielen Orten haben wir die absolute Mehrheit aller Stimmen errungen, in über 100 Orten sind wir die stärkste Partei geworden. Neben diesen glänzenden Ergebnissen in den meisten Kreisen haben wir auch einige schwache Stellen im Bezirk zu verzeichnen. In Neutchen, Ratibor und Oppeln ist der Stimmenzuwachs unbefriedigend.

Am stärksten sind die Erfolge der Partei in den Orten, wo die Linie der Partei ohne Schwankungen und offensiv durchgeführt wurde.

In diesem Wahlkampfe ist es uns gelungen, einen wirklichen Durchbruch der Partei auf dem Lande durchzuführen, und damit ist der erste Schritt zur Herstellung des Bündnisses zwischen Industrie- und Landproletariat geschaffen. In bolschewistischer Selbstkritik behandelte der Genosse S. die Mängel und Schwächen in diesem Wahlkampfe. Vor allem die ungenügende Massenarbeit unter den Frauen und unter der arbeitenden Jugend. Abschließend zeigte der Referent die Aufgaben, die vor der Partei in Oberschlessien stehen, auf. Die wichtigste Aufgabe der Partei ist die Mobilisierung der Arbeiter zu Wirtschaftskämpfen, unter der Führung der KPD, und insbesondere die Organisierung des Kampfes der ober-schlessischen Bergarbeiter. Im Zusammenhang steht damit für die Partei die Aufgabe des Ausbaues der Betriebsgruppen der KPD, die Schaffung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung und die Organisierung der Erwerbslosen-

bewegung. Als weitere wichtige Aufgabe steht vor uns die Organisierung des Kampfes gegen den Faschismus, die Loslösung der arbeitenden Schichten von den Nationalsozialisten und ihre Gewinnung für den revolutionären Klassenkampf. Zur Durchführung all dieser Aufgaben ist die Schaffung einer wirklichen bolschewistischen Organisation in Oberschlessien und die Schaffung einer eigenen Zeitung notwendig. Der Wahlsieg vom 14. September verpflichtet das letzte Mitglied zur wirklichen Massenarbeit. Die KPD in Oberschlessien ist die einzige Arbeiterpartei Oberschlessiens, und ihr nächstes Ziel ist die Eroberung der Mehrheit aller Werttätigen Oberschlessiens. Wir müssen in fühner und bolschewistischer Arbeit an die Erreichung dieses Zieles herangehen, damit wir auch unseren Teil tun zur Vernichtung der kapitalistischen Ordnung, zur Errichtung eines Sowjetdeutschlands.

Die KPD hat in Oberschlessien außer dem gewaltigen Wahlsieg, der 15 Prozent über dem Reichsdurchschnitt

liegt, ihre organisatorische Basis erweitert. Im Wahlkampf allein wurden 29 neue Ortsgruppen geschaffen und 618 Mitglieder, Kämpfer für ein Sowjetdeutschland, gewonnen.

Die Ausführungen des Genossen Selbmann wurden unter gespanntester Aufmerksamkeit und am Schluß mit stürmischem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich 21 Parteiarbeiter, deren Ausführungen auf einem sehr hohen politischen Niveau standen. Die im Innern des Blattes veröffentlichte Resolution wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde ein Antrag, die Rede des Genossen Selbmann drucken zu lassen und als Organisationsausgabe für die Mitgliedschaft herauszugeben, angenommen.

Die glänzend verlaufene und kampfbegeisterte Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz wurde mit dem Gesang der Internationale geschlossen.

Der Verrat der Reformisten und Christen in der Neustädter Textilindustrie

Neustadt. Die Leinwandfabrik S. Fränkel hatte am 25. September der Gesamtbelegschaft das Arbeitsverhältnis gekündigt, falls sie mit dem geforderten Lohnabbau nicht einverstanden ist. Anlaß dazu war das Bestreben, die letzten beiden angeblichen Lohn-erhöhungen von 7 1/2 Prozent abzubauen. Um den Lohnraub wirk-amer durchzuführen, fanden seit der Aussperrung rigorose Ent-lasungs- und Kurzarbeitsmaßnahmen mit dem Zweck statt, die Arbeiterschaft gefügig und müde zu machen. Außerdem entledigte man sich der radikal verdächtigen Elemente, um einem Widerstand entgegenzuwirken.

Der Unternehmer konnte sich den freien Lohnraub um so mehr erlauben, als die Gewerkschaften schon vorher Abkündigungen über den Lohnabbau durchführten und somit den Unternehmer in seinem Vorhaben direkt ermunterten.

Zunächst wurde nach der Aussperrung, trotz „Lohnverhöhung“, ein freier Lohnabbau an den Handwerker durchgeföhrt, indem man ihnen die Leistungszulage bis zu 25 Prozent entzog. Die Ge-werkschaften waren damals nicht gewillt, diesen Lohnraub zu ver-hindern, sondern posanten in alle Welt, daß trotz Aussperrung ein „gewaltiger Erfolg“ erzielt worden ist.

Durch die dauernde Verschärfung der Wirtschaftskrise und in seinem Profit nicht geschwächert, ließ sich der Unter-nehmer gezwungen, Hunderte Proleten aus dem Betrieb zu ratio-nalisieren. In Petitionen an die Regierungsstellen, welche den Zweck verfolgten, Subventionen zu erreichen, versucht man diese von der „Untragbarkeit“ des letzten Hungerlohnspruches zu überzeugen.

In einer von der Firma S. Fränkel veröffentlichten Notiz „Eine neue Situation“ in der Zentrums-„Neustädter Zeitung“ wurde die Öffentlichkeit von dem Lohnraub informiert. Die Firma S. Fränkel gibt bekannt, diesen Schritt um so mehr tun zu können, da sie aus dem Verband der schlessischen Textilindustriellen ausgetreten ist und sich an den letzten Tarifvertrag nicht mehr ge-bunden fühlt. Allgemein beschloß sie die ganze Öffentlichkeit mit der Frage: Was werden die Gewerkschaften bzw. die Arbeiter tun, um den Schlag abzuwehren? In einer Versammlung der freien Gewerkschaften überschlug sich Feinhalß förmlich an Radikalis-mus, indem er erklärte:

„Wir werden, wenn es sein muß, auch gegen den Willen der Arbeiter den Lohnabbau zurückschlagen!“

Feinhalß fuhr nach Berlin zurück, und mit ihm verschwand auch in den letzten kritischen Tagen der satfam bekannte Lügen-Beiß. Seine Vorbereitung und Organisierung des Kampfes, sondern mit dem Hinweis darauf, daß die Gewerkschaften eine Gef-

stellungslage erheben werden, ob der Unternehmer tatsächlich aus dem Verbanne ausgetreten ist, um darauf den Tariflohn einzulagern, überließ man die Arbeiterschaft vollkommen ihrem Schicksal.

Die Christen vertrösteten die Arbeiterschaft mit denselben Argumenten und belogen sie abendrein noch damit, daß sich täglich Hunderte von Proleten vor dem Betriebe einfanden, um für die Hälfte des Lohnes zu arbeiten. Natürlich ist von dem, was man sich vielleicht im Wahn vorstellte, nichts bemerkt worden. Praktisch geben also die Gewerkschaften zu, wenn der Unternehmer aus dem Verbanne ausgetreten ist, er zu einem Lohnabbau berechtigt ist. Sie werden dann mit dem Argument kommen, daß die Arbeit-erschaft die Schuld daran trägt, weil sie in den Betrieb hinein-gegangen ist.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition organisierte eine Be-legschaftsversammlung, um die Belegschaft zum Kampf gegen den Lohnabbau zu bewegen. In der Versammlung, zu der auch die Erwerbslosen geladen waren, war die Betriebsarbeiterschaft schwach vertreten. Die Christen und Reformisten gaben zu dieser Versamm-lung die Parole heraus, nicht in diese Versammlung hineinzugehen, und so mußte von der Wahl einer Kampfleitung Abstand genommen werden. Ein großer Mangel machte sich in dem Fehlen eines revo-lutionären Vertrauensmännerkörpers bemerkbar, dessen schnelle Schaffung für die KPD Pflicht ist. Verächtlich muß hierbei werden, daß mit Hilfe der christlichen und reformistischen Betriebs-räte so ziemlich alle oppositionellen Kollegen kurz zuvor aus dem Betriebe herausgeworfen wurden.

Durch die schändliche Haltung der Gewerkschaftsbürokraten hat der Unternehmer ohne Zweifel einen Sieg über die Arbeiterschaft errungen. Durch diesen Sieg wird der Lohnraub Fränkel versucht, den Textilproleten neue Schläge zu verfehen. Der Be-schluß des 5. KPD-Kongresses auf feste organisatorische Zusammen-fassung der KPD-Betriebsgruppen und keine Durchführung wird der Arbeiterschaft das Kampfmittel in die Hand geben, um die Schläge der Unternehmer wirksam abzuwehren und den Kampf um die Verbesserung der Lebenslage zu führen.

Eine zähe Arbeit der revolutionären Funktionäre wird not-wendig sein, die Arbeiter in der KPD organisatorisch zu erfassen. Diese im Interesse der Arbeiterschaft liegende Arbeit muß sofort in Angriff genommen werden. Darüber hinaus wird es notwendig sein, in den freien und christlichen Gewerkschaften verpöckelte revolutionäre Fraktionsarbeit zu leisten, um die Mitgliedschaft von der Gewerkschaftsbürokratie loszulösen. Schaffen wir diese Voraussetzungen, wenn wir erst dann erfolgreiche Kämpfe durchführen können.

Aufbruch gegen Diktatursteuern

Massendemonstration durchbricht die Bannmeile — Proteststreik der Wirt- SPD.-Terror in der „Bürgerchaft“ — Sozialdemokratie für Diktatursteuern Nur die Kommunistische Partei kämpft gegen die Steueraushebung!

Hamburg, 30. September. (Eig. Drahtbericht.) Hier kam es gestern im Zusammenhang mit der Beratung der Bier- und Getränkesteuer in der Bürgerchaft zu Unruhen, deren die Polizei nicht Herr werden konnte. Die ganze Erörterung der wertvollen Bevölkerung und der Kleingewerbetreibenden kam zur Entladung, als im größten Saal Hamburgs, bei Sager, eine vom Zentralverband der Gahr- und Bekantwerke einberufene überfüllte, Protestversammlung, in der ein kommunistischer Abgeordneter unter großem Beifall sprach, ihren Abschluß fand und die Massen zum Rathaus demonstrierten, wo abends die Bürgerchaft zusammentrat. Die Versammlung hatte beschlossen, zur Unterstützung des Protestes sämtliche Hamburger Wirtschaften für die Dauer von zwölf Stunden geschlossen zu halten. Auf dem Wege zum Rathaus wurden einige Vorkämpfer, die entgegen dem Beschluß offen hatten und deren Leitungen die Angehörigen zur Weiterarbeit zwangen, demoliert. In kurzer Zeit waren alle Lokale geschlossen.

Auf dem Rathausplatz, innerhalb der Bannmeile, sprachen kommunistische Bürgerchaftsabgeordnete zu den erregten Massen und zeigten ihnen den Weg des Kampfes gegen die Diktaturpolitik Brünings, die auch in Hamburg, wie in anderen Städten, von der Sozialdemokratie und den Nazis mitgemacht wird.

Die Erregung auf der Straße übertrug sich auch auf die Bürgerchaft. Die Tribünen waren überfüllt. Der sozialdemokratische Bürgerchaftspräsident Lenterich verweigerte sich, dem kommunistischen Abgeordneten Walter das Wort zur Begründung der kommunistischen Anträge zu geben. Die Tribünen forderten, daß Walter sprechen sollte.

Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. Lenterich unterbrach die Sitzung, um inzwischen die kommunistischen Abgeordneten Walter und Andree durch Kriminalbeamte aus dem Saal entfernen zu lassen. Beide wurden auf zwei Monate von den Beratungen ausgeschlossen, sechs andere Abgeordnete für eine Beratung. Nach längerer Debatte wurde mit 83 gegen 53 Stimmen die Einführung der Gemeindegewerbesteuer mit den Stimmen der Sozialdemokratie beschlossen.

Die Vorgänge in Hamburg sind ein Signal. Sie zeigen die tiefe Erregung der Massen, die nicht willens sind, latentlos der weiteren Diktaturentwicklung in Deutschland zuzusehen.

Abgelehnte Diktatursteuern

In Dortmund, Dresden und Gladbeck wurde die Einführung der Biersteuer und der Regenersteuer von den Stadtverordneten mit Mehrheit abgelehnt.

Die Ablehnung allein genügt nicht. Es ist notwendig, die Bewegung weiterzutreiben zum Steuerstreik, denn nur diese Selbsthilfe der Massen wird in der weiteren Entwicklung wirksam sein.

Nur die SPD. führt den Kampf gegen Diktatursteuern

Der Kampf gegen die Diktatursteuern in den Gemeinden hat unter Führung der kommunistischen Kommunalfunktionäre in einer ganzen Anzahl von Gemeinden zu Beschlüssen geführt, die sich für den Steuerstreik aussprechen und eine breite Mobilisierung der Werktätigen darstellen. Um dieser Massenbewegung eine fester organisatorische Grundlage zu geben, fand am vergangenen Sonnabend und Sonntag eine Versammlung aller

Wir rufen unauhaltbar vorwärts

Neuer Wahlsieg in Delsnis

Alle Parteien verlieren — Nur die SPD. gewinnt!

Delsnis im Vogtlande, 30. September. (Eig. Bericht.) Nachdem auf Einspruch der SPD. die Stadtratswahlen vom November v. J. für ungültig erklärt wurden, fanden am Sonntag Neuwahlen statt. Bei diesen Wahlen trug die Kommunistische Partei einen glänzenden Sieg davon. Es erhielten an Stimmen:

Kommunistische Partei	2183	(1116)
Renegaten	650	(1120)
SPD.	2555	(2865)
Sozialwirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft	2664	(2691)
Bürgerliche Wirtschaftsvereineigung	1699	(1885)

Die in Klammern gefetzten Zahlen sind die Ergebnisse der letzten Stadtratswahl. Die Nazis haben aufgefordert, die Liste 4 (Bürgerliche Wirtschaftsvereineigung) zu wählen. Das Ergebnis zeigt:

Nur die SPD. gewinnt.

Alle übrigen Parteien verlieren 1063 Stimmen. Die Kommunistische Partei gewinnt 1067 Stimmen, also mehr als die übrigen Parteien verloren haben.

Das Resultat bringt deutlich zum Ausdruck, daß die SPD. nicht nur das Vertrauen eines Teils der SPD.-Arbeiter hat, sondern auch ins Lager des Mittelstandes, der Nationalsozialisten usw. eingebunden ist. Die meisten Stimmen wählte die „SPD.-Opposition“, d. h. die Renegaten, für die Delsnis bisher eine Hochburg war, an uns abgeben. Das zeigt, daß die irregulären Arbeiter immer mehr und mehr wieder zur Partei zurückkehren.

Von Erfolg zu Erfolg führt die Kommunistische Partei unauhaltbar vorwärts. Im weitesten Maße gewinnt sie das Vertrauen der Werktätigen in Stadt und Land! Weiter vorwärts in unsere Partei!

Zugzusammenstoß auf der Straße Plauen—Greiz

Auf der Eisenbahnstraße Plauen—Greiz ereignete sich am Montag abend ein schwerer Zugzusammenstoß. Ein Personenzug, der von Plauen kam, stieß auf einen Güterzug mit solcher Wucht auf, daß der Schlusswagen des Güterzuges völlig zertrümmert wurde. Die Lokomotive des Personenzuges bohrte sich in den Wagen vollkommen hinein. Bei dem Unglück wurden insgesamt 19 Personen leicht verletzt.

revolutionären Gemeindevorsteher Sachsens in Dresden hatt. 200 Vertreter aus den wichtigsten Gemeinden waren anwesend. In der angenommenen Resolution heißt es:

„... in allen Gemeinden, wo die Diktatursteuern durchgeführt werden, ist neben dem außerparlamentarischen Kampf der Steuerstreik und die Steuerabsage als Gegenwehr durchzuführen. Daneben muß die Auflösung des Gemeindeparslaments durch außerparlamentarischen Druck erzwungen werden. Die Einberufung von Einwohnerversammlungen ist sofort vorzunehmen.“

Die revolutionären Gemeindevorsteher fordern zur sofortigen Bildung von Komitees gegen die Massensteuern auf, in welchen die Vertreter der Betriebe, der sozialpolitischen Organisationen, der Mittelstandsvereine und Erwerbslosen zusammengesetzt sind und die in entsprechenden Versammlungen der in Frage kommenden Kreise gewählt sind.

Streikbeschluss der Limbacher DMV.-Verwaltung

Ein Kampfsignal für die sächsischen und Berliner Metallarbeiter

Chemnitz, 30. September. (Eig. Bericht.)

Seit Wochen inthandeln die reformistischen DMV.-Bürokraten mit den Metallindustriellen über den Lohnabbau. Zwar sind die Verhandlungen gescheitert, da aber das Tarifschiedsgericht angerufen ist und die DMV.-Bürokraten im Bomag-Streit sowie in anderen Fällen Lohnabbauentscheidungen anerkannt haben, ist sie auch mit einem Abbau der Löhne in Sachsen einverstanden.

Die Ortsverwaltung des DMV. Limbach beschloß sich in ihrer letzten Verwaltungssitzung mit dieser Lage und beschloß einen Streikaufruf an die Limbacher Metallarbeiter und darüber hinaus in ganz Sachsen zum Kampf gegen Lohnabbau, für Lohn-erhöhung. In dem Beschluß heißt es:

„Wenn durch einen Schiedsspruch oder durch Vereinbarung mit den SPD.-Führern des DMV. die Unternehmer bestehende Löhne oder Arbeitsbedingungen verschlechtern, wird der allgemeine Streik in der Limbacher Metallindustrie proklamiert.“

Die Ortsverwaltung fordert die Metallarbeiterschaft auf, in allen Betrieben zu diesem Beschluß Stellung zu nehmen und sich geschlossen hinter diesen Beschluß zu stellen. Der Beschluß der DMV.-Ortsverwaltung Limbach endet mit der Aufforderung: „Wählt in den Betrieben revolutionäre Streikleitungen, organisiert den Streik!“

SPD.-Polizeibefehl:

„Mit gezogener Pistole Sturm auf die rote Fahne!“

Der zweite Tag im Racheprozeß gegen den KZVD. — Die Blutschuld der Polizei bewiesen

Leipzig, 30. September. (Eigene Meldung.) Am heutigen zweiten Verhandlungstag im Racheprozeß gegen den kommunistischen Jugendverband wird die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Der Angeklagte Decker aus Bielefeld wurde während des Jugendtages von einem Polizeibeamten in etwa fünf Meter Abstand angeschossen. Der Genosse Esser aus Düsseldorf, ein gebrechlicher Jungarbeiter, bildete mit vielen anderen Jungarbeitern eine Schutzkette, um die provozierenden Polizeibeamten von den Demonstranten zurückzuhalten. Ein Polizeibeamter wollte die Kette durchbrechen und schlug den neben Esser stehenden Kameraden mit dem Gummiknüppel nieder und gab dem Genossen Esser einen heftigen Tritt in den Leib. Der angeklagte junge Antifaschist Helmke wurde im Gedränge durch Glascherben des Autos, das in die Menge fuhr, verletzt. Der Genosse Herpich aus Leipzig wurde am 23. April, also viele Tage nach dem Reichsjugendtag, durch Denunziation des Sozialdemokraten Beyerndorf verhaftet. Er war an den Vorgängen nicht beteiligt.

Alle Angeklagten protestierten gegen die Behandlung im Gefängnis und begehrten, daß sie stets halbes Mittagessen vorgelegt bekommen.

Wie SPD.-Fleischers Polizei das Blutbad eröffnete

Als erster Zeuge sagte der Polizeiwachmeister Jahn aus, daß er mit einem Kommando am Neuen Theater den Befehl erhielt, mit gezogener Pistole gegen die Menge vorzugehen und die gehißte rote Fahne heranzuziehen.

„Vor die empörte Menge stellte sich eine Ordnerkette und ich hörte den Ruf: Wir wollen die Polizei ruhig abziehen lassen.“ Auf dem Wege vom Neuen Theater zum Grimaischen Steinweg hatte die Polizei freien Abzug.

Der Polizeihauptmann Denny erklärt, daß er das Kommando der Bereitschaftspolizei auf dem Augustusplatz leitete. Vom Polizeipräsidenten sei ihm der Befehl ausgegangen, für Ordnung am Neuen Theater zu sorgen. „Das Aufgehen

KPD. kämpft für billiges Fleisch

Berlin, 30. September. (Eig. Bericht.)

Der Ausschuh zur Wahrung der Rechte der Volkswirtschaftler war am Dienstag zur Beratung der Schließenden Maßnahmen gegen die Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch zusammengetreten. Die kommunistischen Mitglieder stellten einen Antrag, die Reichsregierung aufzufordern, die zollfreie Einfuhr eines Gefrierfleischkontingents in der alten Höhe, jedenfalls nicht unter 120 000 Tonnen jährlich, mit Wirkung vom 1. Oktober wieder zuzulassen. Dieser Antrag wurde von sämtlichen Parteien, von den Bürgerlichen bis zur SPD., gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Die Sozialdemokraten hatten einen Kompromißantrag eingebracht, das Gesetz über die Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch wieder in Kraft zu setzen, womit zwar der Regierung die Ermächtigung zur Freigabe der Einfuhr gegeben, aber nichts über die Höhe des Kontingents gesagt wird. Für diesen Antrag stimmten nach Ablehnung ihres Antrages auch die Kommunisten, so daß er angenommen wurde. Die Vorlage Schließes sowie ein entsprechender Antrag der bürgerlichen Vertreter wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Mit diesem Ausschuhbeschlusse ist keineswegs gesagt, daß etwa vom 1. Oktober ab wieder zollfreies Gefrierfleisch eingeführt wird. Die Diktaturregierung Brünning wird sicherlich an ihren Plänen der Subventionierung der Großgärtner und größeren Vereinfachung der Werttätigen festhalten.

Frankfurt a. M., 30. September. Bei der Firma Hoege in Offenbach, einem Metallbetrieb, wurden die Arbeiter bis zu 30 Prozent gekürzt. Die fast restlos organisierten Arbeiter der Firma wandten sich an den Metallarbeiterverband in Offenbach.

Der Verbandsangestellte Hammer erschien in der einberufenen Betriebsversammlung und erklärte: „Da ist nichts zu machen, so lange die Firma noch über Tariflohn zahlt, können wir gegen diesen Abbau nichts unternehmen.“ Damit unterstützt der DMV. bewußt die Lohnrauboffensive der Unternehmer.

KGD.-Sieg im DMV. Kronenberg

Düsseldorf, 30. September. (Eigener Bericht.) In Kronenberg fanden die Wahlen zur Ortsverwaltung des DMV. statt, die kommissarisch verwaltet wird. Diese Wahl gestaltete sich zu einem glänzenden Sieg der KGD. über die reformistische Bürokratie. Die oppositionellen Kandidaten erhielten 762 Stimmen, während die reformistischen Kandidaten, trotz härtester Terrors, nur 430 Stimmen für sich buchen können. Der Kommissar Heller, der ebenfalls vorgeschlagen war, bekam ganze 42 Stimmen. Dies ist die Auswirkung der Aktivität der KGD.-Anhänger im DMV. Kronenberg.

der roten Fahne mit dem Sowjetkern halte ich für eine offene Verhöhnung der Staatsautorität.“ Von dem Verteidiger, Genossen Horstmann, befragt, muß der Zeuge zugeben, daß am Neuen Theater der kommunistische Stadtverordnete Dasele in einer für die Polizeibeamten bedrängten Lage beruhigend auf die Massen ein sprach. Auf die Frage nach der Tätigkeit der Ordnerkette der Demonstranten antwortete der Zeuge: „Die Ordnerkette ist neue Taktik der Kommunisten, um die Polizei abzudrängen und einzuklinken.“ Er habe diese Meinung aus einem Zeitungsartikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ von der Verteidigung in die Enge getrieben, muß er bestätigen, daß auch am Grimaischen Steinweg ein Ordner die Massen zur Disziplin aufgefordert habe.

Nazi-Gauleiter als Schuldenmajor

Königsberg, 30. September. In Ostpreußen wurde der Nazi-Gauleiter Koch zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Koch hatte während der Wahlbewegung ein Privatleben geführt, wie es sich für einen richtigen Staatsbonzen geziemt. Dazu langten aber die Gelder, die ihm von den Gutsbesitzern über seine Partei-zentrale ausflossen, nicht aus. Koch, der sich schon im „Dritten Reich“ fühlte, dachte auch nicht daran, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Das wurde selbst seinen Gläubigern zuviel.

Wie nun das Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammer von Königsberg in Ostpreußen schreibt, wurde gegen den „Kämpfer gegen die Finanzwirtschaft“ ein Haftbefehl zur Erzwingung des Offenbarungseides erlassen.

Jedenfalls glaubte dieser Nazi Führer, daß die Zeit bald kommt, wo sie genau wie in Italien haufen können, wo sie die Geschäftsleute und die Bauern ausplündern und niederschlagen. Da sich Herr Koch in der Zeit derrechnung hat, wird er nun wohl oder ähnel seine Schulden von seinen Reichstagsblättern auf Stottern abgezogen bekommen.

Sie bauen eine neue Welt!

Das dritte Jahr des Fünfjahrplans beginnt — Gute Vorzeichen

Mit dem Monat September schließt das zweite Jahr des grandiosen Fünfjahrplans in der Sowjetunion ab. Die Bilanz dieses Jahres ist ausschlaggebend für die weitere Durchführung im kommenden Wirtschaftsjahr 1930/31. Was ist in der Sowjetunion bisher erreicht worden?

Der Industriebericht der Mosauer Zeitung „Sowjetkaja Industrija“ vom 24. September für den Augustmonat und die elf Monate des laufenden Wirtschaftsjahres zeigen, daß es in der Sowjetunion mit Riesenschritten vorwärts geht. Der Plan wird nicht nur erfüllt, sondern in vielen und wichtigen Industrien überschritten.

Folgende Produktionssteigerungen sind in den einzelnen Industrien im August zu verzeichnen:

	in Prozenten vom Juli	
Naphtha (in Tonnen)	1 647 450	102,7
Elektroindustrie (in 1000 Rubel)	14 428	130,0
Kabelproduktion (in 1000 Rubel)	10 100	118,0
Schwachstromind. (in 1000 Rubel)	12 380	150,0
Akkumulatoren (in 1000 Rubel)	1 963	128,5
Lampen für Elektro	2 521	104,6
Zement (in Tonnen)	288 853	100,3
Fourniere (geleimtes Holz)	28 988	107,1
Schleiferplatten (1000 Stück)	8 260	105,9

Baumwollwaren (in 1000 Meter)	84 901	107,8
Wollwaren (in 1000 Meter)	11 283	100,4
Leinwandwaren (in 1000 Meter)	18 863	108,7

Im August beträgt die Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in der Schwerindustrie 33,5 Prozent und in der verarbeitenden Industrie 14,4 Prozent, insgesamt also 25,1 Prozent.

Die technischen Anlagen wurden außerordentlich verbessert. Trotzdem ist die Arbeiterschaft vermehrt worden. Allein in der staatlichen Schwerindustrie hat sich die Arbeiterzahl von August 1929 bis August dieses Jahres um 18,7 Prozent vermehrt. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im Vorjahr 2 263 233 und ist im August auf 2 641 988 gestiegen.

Dagegen ist die Arbeitslosigkeit sehr weit eingeschränkt worden und beschränkt sich nur auf Frauen und häusliche Elemente, die in die Städte gewandert sind. Von der Gesamtarbeiterschaft arbeiten bereits 88,8 Prozent in der ununterbrochenen Fünftagewoche.

Der Siebkundentag konnte im Monat August weiter ausgedehnt werden. Arbeiteten im Juli 41,5 Prozent aller Arbeiter nur sieben Stunden täglich, so stieg die Zahl auf 42,5 Prozent im August.

Das sind die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, während in den kapitalistischen Ländern durch die Krise ein dauernder Niedergang zu verzeichnen ist.

Hungerstreik in Polen

Warschau, 30. September. Seit zehn Tagen befinden sich 180 polnische Gefangene in Bialystok im Hungerstreik. Manche von ihnen sind schon schwer erkrankt. In der Stadt werden Gerüchte laut, daß einige der Hungerstreikenden gestorben seien. Das Gefängnis ist von der Außenwelt vollständig isoliert.

Der Arbeiterschaft in Bialystok hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Gegen die drei neuen Todesurteile sowie den unglaublich schmerzhaften Wahlzorn, die Massenverhaftungen und Folterungen von Gefangenen fanden Kundgebungen statt.

Umsturz in Ecuador

Buenos Aires, 30. September. In Ecuador sind der Präsident Agora und der Innenminister zurückgetreten. Der bisherige Kriegsminister Cuervo hat das Präsidentenamt übernommen.

Der Sturz des bisherigen Präsidenten ist die Folge einer starken revolutionären Bewegung im Lande. Wie weit es zu revolutionären Aktionen in Ecuador gekommen ist, ist infolge der scharfen Zensur noch nicht festzustellen gewesen.

Ecuador ist der vierte südamerikanische Staat, der im Gefolge der Weltwirtschaftskrise innerhalb weniger Wochen einen Umsturz erlebt hat.

Neues Urteil im ungarischen Monsterprozeß

Budapest, 26. September. Heute wurde das Urteil gegen die zweite Gruppe der angeklagten Kommunisten, gegen welche die Verhandlung bekanntlich geheim geführt wurde, verkündet. Es erhielten Genosse Szekes zwei Jahre und vier Monate Zuchthaus, Nemes und Kosa je drei Jahre Zuchthaus. Zwölf Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von vier Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

★

New York, 30. September. Etwa 300 streikende Angestellte einer Konfektionsfirma veranstalteten auf der Fünften Avenue eine Kundgebung gegen Streikbrecherinnen. Die Polizei verhaftete 27 Frauen und drei Männer.

Das spanische Volk erhebt sich gegen die Diktatur

Provinz Galicia im Generalstreik

Verstärkter Ausnahmezustand — Die Massen greifen an

Madrid, 30. September. Die revolutionäre Massenstreikwelle für die Absetzung des faschistischen Gouverneurs der Provinz Galicia hat, ausgehend von der Hauptstadt Lugo, die gesamte Provinz ergriffen. In den größeren Städten Santiago, La Coruna, Soutavedra, Vigo und Orense liegt das gesamte Wirtschaftsleben darnieder. Auch in den Landgebieten stehen die Arbeiter im Kampf.

Die spanische Regierung hat die gesamte Provinz unter verschärften Ausnahmezustand gestellt. In den größeren Städten sind Truppen konzentriert. Die Zivilgarde ist mit Maschinenengewehren ausgerüstet worden.

Bei jeder Kundgebung der Streikenden kommt es zu Zusammenstößen mit der Polizei. In La Coruna und Pontevedra beträgt die Zahl der Verletzten über hundert.

In San Sebastian ist ein neuer großer Streik der Fischer ausgebrochen. Die ganze Fischereindustrie ist lahmgelegt. In Malaga haben die Arbeiter Streikbrecher aus den Betrieben herausgeholt. In Las Palmas wurden mehrere besonders schamloser Unternehmer nach einem Zusammenstoß mit kämpfenden Arbeitern in das Krankenhaus eingeliefert.

Bravo, Arbeiterinnen!

London, 30. September. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet über große Demonstrationen japanischer Arbeiterinnen in einem Fabriktortel von Tokio. Die Protestkundgebung richtete sich gegen die Entlassung von 500 Arbeiterinnen in einer Fabrik. Etwa 8000 Japanerinnen veranstalteten aus Solidarität für ihre entlassenen Kolleginnen große Demonstrationen.

Eine zahlreiche Menschenmenge, die revolutionäre Roter Fahnen und rote Fahnen schwenkte, schloß sich den Demonstrantinnen an. Ein hartes Polizeiaufgebot erwies sich

den Massen gegenüber machtlos. Zahlreiche Demonstranten und Polizeibeamten wurden verletzt. In dem betreffenden Fabriktortel war der Verkehr für längere Zeit völlig lahmgelegt.

Protestiert gegen den verschärften Pilsudski-Terror

Entreißt drei Genossen dem Henker!

Aufruf der RSD. gegen das dreifache Todesurteil von Biala

Schon wieder eilt eine Schreckensnachricht durch die Welt: Wegen der Ermordung eines Polizeispitzels verurteilte die polnische faschistische Justiz die Genossen Sojnowicz, Niemicki und Kahan in Biala zum Tode durch den Strang.

Eben erst wurden durch den gewaltigen Proteststurm der Roten Hilfe in allen kapitalistischen Ländern die wegen Flugblattverbreitung zum Tode verurteilten Jungarbeiter Jugend, Hirsch und Propper dem polnischen Henker entreißt. Das Todesurteil mußte unter dem Eindruck der gewaltigen Protestwelle aufgehoben werden.

Heute bereits host die verschärfte Pilsudski-Diktatur, unter dem Schein der Verfolgung der kleinbürgerlichen Opposition zu neuen blutigen Schlägen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Polens aus.

Im Namen von 190 000 Einzel- und 600 000 Kollektivmitgliedern erhebt die Rote Hilfe Deutschlands klammernden Protest gegen das neue Bluturteil in Biala.

Wie die Jungarbeiter von Lemberg, so müssen die drei Genossen von Biala durch den Proteststurm des internationalen Proletariats dem Strang entziffen werden.

In allen Städten Massenkundgebungen gegen die Henker des polnischen Proletariats!

Wählt Delegationen, die auf den polnischen Konsulaten dem stürmischen Protest der deutschen Arbeiter gegen das Bluturteil von Biala Ausdruck geben.

In allen Versammlungen der werktätigen Massen, auf der Stempelstelle, im Betrieb, faßt den Protest gegen den blutigen Pilsudskis in Resolutionen an die polnische Henkerjustiz zusammen!

Mobilisiert die Massen zur Rettung unserer polnischen Klassengenossen.

Der Zentralvorstand
der Roten Hilfe Deutschlands.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

2. Fortsetzung.

In diesem „Ach so“ lag alles mögliche. Angst, Eifersucht und Genußtuung. „Na, dann bleib nicht zu lang!“ Franz wußte nicht, ob er sich ärgern oder ob er lachen sollte. „Was willst du erst mal tun, wenn ich verheiratet bin?“

Martin brummte: „Am besten ist's, du heiratest sie!“

„Du Biber!“

Nun lachte sie selbst. Sie wuschte dabei, einer alten Gewohnheit gemäß, mit einem Schürzengipsel in den Augenwinkeln.

„Weißte, Mudder, mit dir muß man schon seine Geduld haben!“

„Geh, geh, du Dumme! Größ' Theres, sag' ihr, sie soll dich nicht wieder so lange da halten!“

Martin puckte geräuschvoll in den Kohlenkasten.

„Schlaff gut!“ sagte Franz in der Tür. „Es kann spät werden!“

„Ich mach' dir heut' einen Ziegelstein heiß fürs Bett!“ sagte sie nun zu Martin.

„Die Bier' war' mir lieber!“

Martin verfolgte mit den Augen eine Schwabe, die die gegenüberliegende Wand hinaufstreckte. Der einen folgten noch mehrere. Sie trochen aus den Ofeneden, wo es ihnen zu heiß wurde.

„Die Biester fühlen sich bei uns wohl! Sie mehren sich haufenweise und fressen uns eines Tages auf!“

Frau Kreuzat nahm einen Lederpantoffel und drückte eine nach der anderen tot. Dann nahm sie einen Topf heißes Wasser und goß es in die Holzparren und Wandlöcher hinein.

„Ob es bei dem Herrn Inspektor auch so zugeht? Das wär' so was für den!“ Martin lachte auf. „Nat meinte, Alte, das wär' was für das fette Schwein, so 'ne Jagd! Dann verging ihm die Lust, seine Kumpels für jeden Dred zu schikanieren! Kakerlak in der Bude, im Fressen, überall! Das wär' was für den! In einer Droschke fährt er, damit er rasch von einem Bitt zum anderen kommt! Dann steht er schon morgens früh am Schacht und treibt sie auf den Korb, oder notiert die Kumpels ins Straßbuch, der Kohlenfrä!“

Frau Kreuzat hatte gründlich gesäubert.

„So, nun pad' dich rein!“, sagte sie, als sie die Steine in einige Fücher gewidelt und ins Bett gepackt hatte. Martin verschwand wie ein großer, schwankender Schatten in der Kammer. Er ging mit den Hühnern ins Bett.

II.

Als Franz Kreuzat die Mittelskammer verließ, ergriff ihn der Märzsturm, verwickelte sich in seinen Mantel und zerrte daran herum.

Vor einer Kammer in der Wilhelmstraße machte er Halt. Franz pochte an eine Partieretür. Er hörte die zärtliche Stimme des alten Trauten.

„Herin!“ rief Theres und riß die Tür auf. „Na, kommst du endlich?“

„Wie du siehst!“ sagte Franz und widelte sich aus dem Mantel, der von Wasser troff. „Sawetter! Die Nacht hält kein Kötter draußen aus!“

Auf dem neuauftemachten Ledersofa saß Trauten und blätterte in einem Buch. Trauten mochte etwa fünfzig Jahre alt sein und hatte die bläulichen Karben und Kohlenprenkel des Bergarbeiters im Gesicht, das trotzdem frisch und gesund aussah. Er war Sozialdemokrat und gab sich Mühe, das auch nach außen hin zu zeigen.

„n Abend, Jakob!“

„n Abend!“

„Seh dich!“ Theres schob Franz einen Stuhl hin und liegte in eine Sofaecke fallen.

„Hast du schon in der Zeitung gelesen?“ fragte Trauten und

schob sich aus einer braunen Dose eine Pfeife in das eine Nasenloch, dann eine zweite in das andere.

„Nur so obenhin, die Alte hat mir wieder ein Theater gemacht!“ erwiderte Franz.

„Sie hat auch recht! Gud dir mal das Zeugs an, was da wieder dringeschmiert steht!“ Trauten schob ihm das „Muh-Echo“ hin. „Die reinste Gespensterseherei!“

Franz griff nach der Zeitung und überflog sie.

Trauten erteilte sich: „Die Regierung muß es wieder können! Eine offene Aufforderung, sie zu befechtigen! Das nennt sich Arbeiterpolitik! ... Moskauer Zustände will man in Deutschland einführen! Alles, was die Regierung macht, ist nicht richtig! Was ist nach eurer Meinung eigentlich richtig?“

Franz erinnerte sich an ein Gespräch mit seinem Kumpel Fritz Kaup, der ihn vor einigen Wochen in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei aufgenommen hatte. Der war für den Sturz der Regierung und für die Errichtung der Arbeiterdiktatur. Was Fritz Kaup damals sagte, war auf jeden Fall richtig.

„Die Regierung ist nicht die, die für uns Arbeiter was herausholt — das sagt Fritz Kaup“, erwiderte Franz. „Eine Regierung, die ihre Macht auf die Maschinengewehre der arbeitserleidlichen Reichswehr baut, muß fort!“

Trauten fuhr auf: „So! Von Kaup, dem Querkopf, kann man nichts anderes erwarten! Was wollt ihr dann, wenn die Regierung geht?“

„Na, dann übernehmen wir sie!“

„So! Du etwa? Oder Kaup? Wer übernimmt sie? Einen Dred übernehmt ihr! Der Karren ist tief genug hineingefahren ...“

Franz fühlte sich verpflichtet, die Meinung seines Kameraden Kaup zu verteidigen: „Wer hat den Karren eingefahren?“

„Wer?“ — — — Trauten jankte. Er suchte nach einer passenden Antwort.

Seine Verlegenheit gab Franz neuen Mut: „Wer anders als diese Regierung selbst! Was hat die für Blunder anhängen! Die ganzen Offiziere von früher, die uns für die Hohenzollern und ein paar Freikläde in die Gräben getrieben haben, sollen Republik schüßen! Das nennt sich Arbeiterregierung!“

Theres wurde unwillig: „Lacht doch den Quatsch!“

(Fortsetzung folgt.)

